

KOMMENTARE

Schwer beschädigt

MICHAEL HÜBL

Musste es so weit kommen? „Deutschland verschleudert seine Vergangenheit,“ erklären renommierte Wissenschaftler der bedeutendsten Universitäten Großbritanniens und der USA. Baden-Württemberg, das Land, das mit Porsche prunkt und in dem Daimler-Chrysler den Stern hoch hält, ist weltweit in seinem Ansehen schwer beschädigt. Für die Landesregierung offenbar kein Grund, den eingeschlagenen Kurs zu verlassen. Im Gegenteil. Statt einzugestehen, dass man sich mit einem aberwitzigen Plan vergaloppiert hat, übt man sich in kaltem Zynismus. Mit Protesten habe man gerechnet, erklärt Gerhard Stratthaus, der Finanzminister des Landes, und signalisiert, dass zumindest er und sein Zuarbeiter Peter Frankenberg, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, von vornherein strikt gewillt waren, jeden Einwand zu ignorieren.

Manche meinen vielleicht, es gehe bei dem geplanten Ausverkauf der Badischen Landesbibliothek um ein paar alte Manuskripte, die allenfalls für einige wenige Spezialisten interessant seien. Andere denken, es werde um Kunst gestritten oder um Handschriften von regionalem Rang. Das alles wäre für sich genommen, wichtig genug. Aber es geht um weit mehr. Es geht um die Substanz des bundesdeutschen Kulturverständnisses. Und es geht um den Schutz unseres Staates vor willkürlichem Raubbau.

Die Regierung von Baden-Württemberg versucht den Eindruck zu erwecken, sie könne durch den Verkauf von Kulturgut, das 70 Millionen Euro erbringen soll, dem Land fast so etwas wie ein Geschenk bereiten. Sei doch das Haus Baden bereit, auf Ansprüche

in Höhe von 250 bis 300 Millionen Euro zu verzichten, wenn es den genannten Betrag erhalte. Und, so der Clou der Argumentation: Das Land gebe mit den kostbaren Karlsruher Codices nur etwas her, was ihm ohnehin nicht gehöre.

Diese Frage allerdings ist äußerst umstritten. Es gibt durchaus gewichtige Stimmen, die erklären, dass die strittigen Objekte, vielleicht von wenigen Ausnahmen abgesehen, allemal Staatsbesitz sind. Doch selbst wenn zweifelsfrei entschieden würde, dass die Familie von Baden Eigentümerin wert-

voller Stücke sei – auch dann bleibt es ein Skandal, diesen Anspruch durch den Verkauf von Kulturgut kompensieren zu wollen.

Es geht um Schutz vor Raubbau

len. Einerseits hat man fast 90 Jahre lang Steuergelder investiert, um die Kulturleistungen unserer Vorfahren zu pflegen und zu erhalten, andererseits sollen sie jetzt plötzlich einem Fürstenhaus gehören. Einerseits unternahm man 1993 größte finanzielle Anstrengungen, um die Fürstenbergsche Sammlung im Lande zu halten, andererseits gibt man das, was schon da ist, locker zur Versteigerung frei.

Die Liste der Einwände ist weit länger. Und die Liste derer, die empört sind und die sich der Brutalität schämen, mit der just im Musterländle die kulturelle Erbmasse verschleudert werden soll, wird immer länger. Die Regierung ficht's nicht an. Aber die Landtagsabgeordneten – quer durch alle Parteien – sollten sich daran erinnern, dass sie weder Fraktions-Vasallen sind noch Kabinetts-Knechte, und sollten den Ruf Baden-Württembergs retten, indem sie dem miesen Deal die Zustimmung verweigern.